IMK Report

Nr. 56 | November 2010

Vom Krisenherd zum Wunderwerk?

Der deutsche Arbeitsmarkt im Wandel

Alexander Herzog-Stein (WSI), Fabian Lindner, Simon Sturn, Till van Treeck

Das vergangene Jahrzehnt war für den Arbeitsmarkt in Deutschland turbulent. Nachdem lange Zeit dessen vermeintliche Rigiditäten für die zähe wirtschaftliche Stagnation nach der Jahrtausendwende und die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht worden waren, kam es in der größten Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg anscheinend zu einem regelrechten Arbeitsmarktwunder: Die Beschäftigung ist in der Krise kaum gefallen und liegt mittlerweile sogar über Vorkrisenniveau, die Arbeitslosigkeit ist inzwischen auf dem niedrigsten Niveau seit der deutschen Vereinigung. Wie kam es zu dieser außergewöhnlichen Entwicklung? In welchem Zusammenhang steht sie mit der Arbeitsmarktderegulierung und der Lohnzurückhaltung der 2000er Jahre sowie mit der Ausrichtung der makroökonomischen Politik? Welche Lehren können aus den Erfahrungen des letzten Konjunkturzyklus für die Weiterentwicklung des deutschen Wachstums- und Arbeitsmarktmodells mit Blick auf den sich nun abzeichnenden Aufschwung gezogen werden?

Das deutsche Beschäftigungswunder im internationalen Vergleich

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, wird untersucht, ob die deutsche Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung seit dem Ausbruch der Großen Rezession[1] wirklich Besonderheiten aufweist, die den Begriff des „Beschäftigungswunders“ rechtfertigen. Ein erster Schritt ist ein Vergleich mit der Entwicklung in verschiedenen EU-Ländern, die gleichfalls – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – von der Krise betroffen sind.

Hierzu wird die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung in Spanien, Frankreich, Österreich und dem Euro-16-Raum[2] (im Folgenden Euroraum genannt) herangezogen. Spanien und Frankreich sind wie Deutschland große Volkswirtschaften im Euroraum, Österreich folgte – ähnlich wie Deutschland, allerdings als kleine Volkswirtschaft – einem exportorientierten Wachstumsmodell (vgl. hierzu näher Abschnitt 3). Der Euroraum wird zur besseren allgemeinen Orientierung berücksichtigt.

Die Abschwünge während der Großen Rezession, die hier analysiert werden, werden mit Hilfe des Konzepts der relativen Output-Lücken datiert (siehe Kasten „Bestimmung der Konjunkturzyklen mit dem Konzept der relativen Output-Lücken“). Bei Anwendung dieses Verfahrens ergibt sich, dass der Abschwung in Deutschland und den Vergleichsländern im 1. Quartal 2008 begann.

Abbildung 1a zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Deutschland und die Vergleichsländer. Der wirtschaftliche Einbruch in Deutschland war im internationalen Vergleich beson-

[1] Im angelsächsischen Raum wird, auch in Abgrenzung zur Weltwirtschaftskrise 1929, die als „Great Depression“ bezeichnet wird, für die aktuelle globale Wirtschaftskrise zunehmend der Begriff „Great Recession“ verwendet. Inzwischen wird der Begriff der Großen Rezession auch in Deutschland verwendet.

[2] Die Länder im Euro-16-Raum sind: Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern.

Bestimmung der Konjunkturzyklen mit dem Konzept der relativen Output-Lücken

Mit dem Instrument der relativen Output-Lücken hat sich inzwischen ein Konzept etabliert, mit dem Konjunkturzyklen sowie ihre Ab- und Aufschwungphasen relativ einfach definiert werden können.[3] Die relative Output-Lücke wird allgemein definiert als die prozentuale Abweichung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von seinem langfristigen Trend oder Produktionspotenzial.[4] Da das Produktionspotenzial nicht beobachtet werden kann, muss es zunächst mittels verschiedener statistischer Filterverfahren ermittelt werden. Wie der Sachverständigenrat (2008, S. 326) verwenden wir als Trend-BIP den Mittelwert aus vier Filterverfahren – den HP-Filter, Baxter-King-Filter, Bandpass-Filter und Lowpass-Filter – um die Schwankungen der verwendeten Filtermethoden auszugleichen.

Als Startzeitpunkt eines Abschwungs dient dabei – analog zu der vom Sachverständigenrat verwendeten Definition eines Aufschwungs (SVR 2007, S. 325f.) – jenes Quartal, in dem der Wert der Output-Lücken einen lokalen Hochpunkt erreicht hat, in dessen Folge sich die Output-Lücke schließt und vier Quartale negativ bleibt. Das Ende einer Abschwungphase und damit der Beginn einer Aufschwungphase ist in symmetrischer Definition dann erreicht, wenn die Werte der Output-Lücken einen lokalen Tiefpunkt einnehmen, in dessen Folge sich die Output-Lücke wieder schließt und vier Quartale lang positiv bleibt. Die Dauer eines Konjunkturzyklus definiert sich als die Zeitspanne zwischen zwei konjunkturellen Hochpunkten mit genau einem Tiefpunkt dazwischen (Herzog-Stein/Seifert 2010).

[3] Siehe beispielsweise SVR (2007), SVR (2008), Herzog-Stein/Seifert (2010) sowie Sturn/van Treeck (2010). Für Details bei der Bestimmung der relativen Output-Lücken siehe Herzog-Stein (2010).

[4] Der langfristige Wachstumstrend wird allerdings von der kurzfristigen Konjunkturentwicklung mitgeprägt (vgl. Horn et al. 2007).

ders stark. Das BIP schrumpfte um dramatische 6,5%.[5] Allerdings war auch die Erholung seit Beginn 2009 kräftiger als in den anderen Ländern. Bis zum zweiten Quartal 2010 ist das BIP wieder um 3,8% gewachsen, liegt aber noch 2,7% unterhalb der Wirtschaftsleistung bei Beginn des Abschwungs. Im Euroraum sank das BIP bis zum Tiefpunkt um 5,3%, in Frankreich sogar nur um 3,8%. Die Erholung setzte aber in allen Vergleichsländern deutlich zaghafter ein als in Deutschland. Am Ende des Beobachtungszeitraums liegt das BIP im Euroraum noch 3,5% unterhalb des Niveaus zu Beginn der Großen Rezession, in Frankreich noch 2,1%.

Das deutsche Arbeitsmarktwunder in der Großen Rezession zeigt sich in der ungewöhnlichen Entwicklung der Erwerbstätigkeit, die besonders im internationalen Vergleich heraussticht: Trotz des massiven BIP-Einbruchs blieb diese überraschend konstant (Abbildung 1b). Die Zahl der Erwerbstätigen sank im gesamten Zeitraum nie unter das Niveau vom ersten Quartal 2008 und nahm über die gesamte Periode sogar um 0,4% zu. Im Gegensatz dazu begann die Erwerbstätigkeit in den Vergleichsländern mit einem üblichen zeitlichen Abstand deutlich zu sinken – wie es eigentlich auch für Deutschland zu erwarten gewesen wäre. Im zweiten Quartal 2010 ist die Erwerbstätigkeit im Euroraum 2,5% unterhalb des Niveaus vom ersten Quartal 2010, in Frankreich sind es 1,4%. Österreich ist hier eine Ausnahme. Gegen Ende des Beobachtungszeitraums entspricht nicht nur der Wachstumseinbruch in etwa jenem Deutschlands, sondern auch die Entwicklung der Erwerbstätigkeit.

Was sind die Gründe für diese überaus positive Beschäftigungsentwicklung in Deutschland? Um diese Frage zu beantworten, ist es hilfreich, sich einige grundlegende Zusammenhänge der Entstehungsseite der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, also des BIP zu veranschaulichen: Das BIP ist definiert als die Zahl der Erwerbstätigen (EWT) multipliziert mit deren Arbeitszeit (Arbeitsstunden je Erwerbstätigen) und der Arbeitsproduktivität je Stunde (AP). In Wachstumsraten (g) formuliert ergibt sich hieraus:

$$g_{BIP} = g_{EWT} + g_{AZ} + g_{AP} \qquad (1)$$

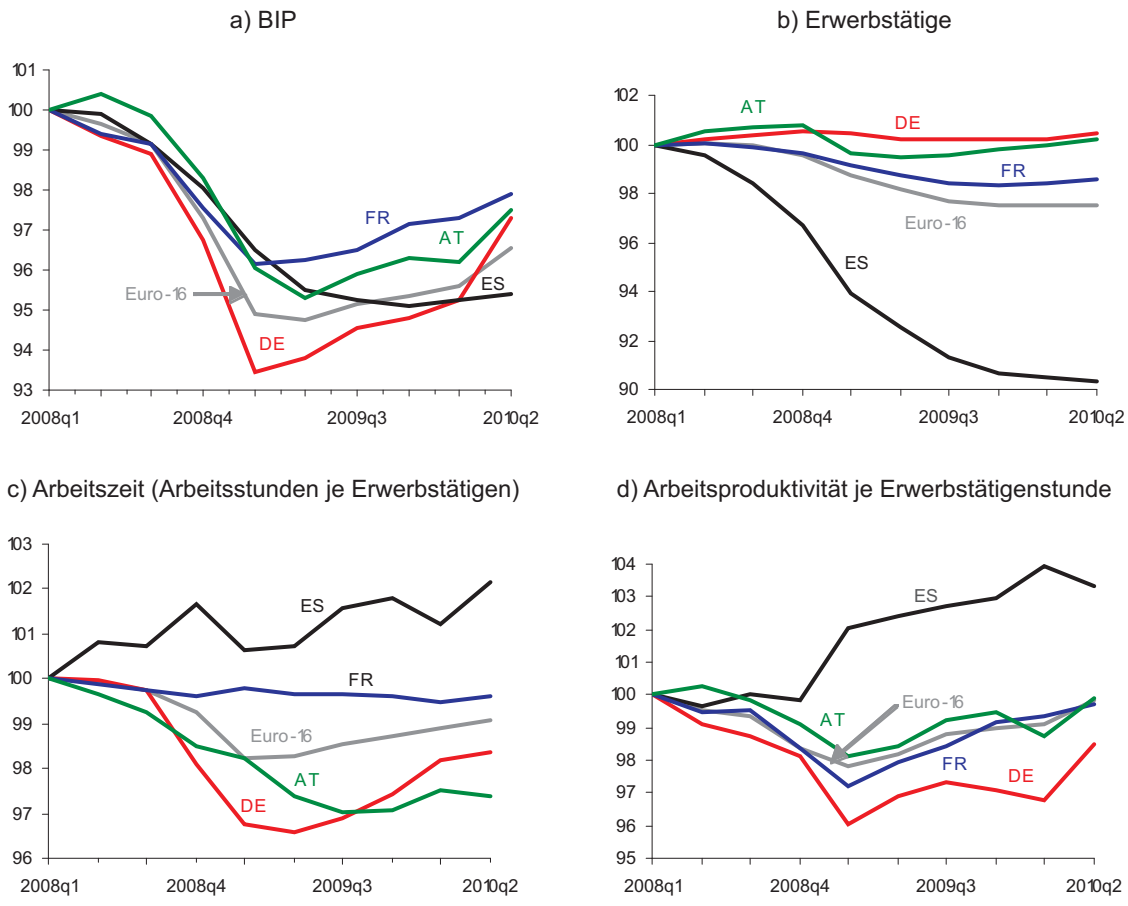
Und gelöst nach der Wachstumsrate der Erwerbstätigen ergibt sich:

$$g_{EWT} = g_{BIP} - g_{AZ} - g_{AP} \qquad (2)$$

[5] In keiner Abschwungphase der Nachkriegsentwicklung war der Einbruch des BIP auch nur annähernd so stark. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass bspw. vor Abschwüngen in den 1970er Jahren das Trendwachstum deutlich höher war als jetzt. Bereinigt um den Trend ist der Einbruch in der Großen Rezession in seiner Heftigkeit vergleichbar mit dem Abschwung ab 1973 (Herzog-Stein/Seifert 2010).

Abbildung 1

Die Große Rezession im internationalen Vergleich[1]



AT = Österreich, DE = Deutschland, Euro-16 = Euroraum (16 Länder), ES = Spanien, FR = Frankreich.
[1] Index; Abschwungbeginn = 100; saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; eigene Berechnungen.

Die international unterschiedliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit kann somit durch die Entwicklung des BIP, der Arbeitszeit pro Kopf und der Stundenproduktivität erklärt werden. Sinkt das BIP, können die Unternehmen durch eine Reduzierung der Arbeitszeit und der Produktivität Beschäftigung halten; sie müssen dann weniger Arbeitnehmer entlassen.

Die Variabilität der Arbeitsstunden im Abschwung wird als interne Flexibilität[6] bezeichnet. Die Unternehmen passen ihren Arbeitseinsatz dann nicht primär durch Entlassungen an – also der Nutzung von externer Flexibilität –, sondern indem sie die Arbeitszeit je Arbeitnehmer innerhalb des Unternehmens verkürzen.

Abbildung 1c zeigt die Entwicklung der Arbeitszeit. In Deutschland wurde diese besonders schnell und deutlich reduziert (zum Tiefstpunkt um 3,4%), während sie in Frankreich in etwa konstant blieb und in Spanien sogar stieg. Das heißt, in diesen Ländern bestand keine Flexibilität der Arbeitszeit oder sie wurde nicht genutzt. Österreich weist gegen Ende der Beobachtungsperiode im zweiten Quartal 2010 sogar einen deutlicheren Rückgang der Arbeitszeit auf als Deutschland. Allerdings sank bereits in den Jahren vor der

[6] Präziser müsste es intern-numerische Flexibilität heißen, da es auch andere Formen der internen Flexibilität gibt – etwa die intern-funktionale Flexibilität (Keller/Seifert 2006, S. 15-18). Mit dieser wird die Umorganisation der Arbeitsorganisation bezeichnet, mit der auf Veränderungen der Nachfrage reagiert werden kann. Im Kontext des Reports ist aber mit interner Flexibilität nur die intern-numerische Flexibilität gemeint.

Krise die Arbeitszeit in Österreich stärker, und die Teilzeitarbeit wurde deutlich ausgeweitet.[7]

Neben einer Verringerung des Arbeitseinsatzes durch eine Reduzierung der Arbeitszeit können Unternehmen auch Beschäftigung im Abschwung halten, indem sie zeitweilig höhere Leerlaufzeiten hinnehmen. Das drückt sich in einer niedrigeren Stundenproduktivität aus und wird als Horten von Arbeitskräften bezeichnet. Ein kurzzeitiger Einbruch der Nachfrage kann bspw. dazu genutzt werden, die Infrastruktur zu warten, Arbeitsprozesse zu optimieren und Mitarbeiter weiterzubilden. Zudem können Unternehmen ein Interesse am Horten von Arbeitskräften haben, wenn ihnen durch das Entlassen und spätere Wiedereinstellen hohe Kosten entstehen würden, bspw. indem im Aufschwung nur durch hohen Aufwand qualifizierte Mitarbeiter gefunden oder abgeworben werden können, die neue Aufträge bearbeiten. Die Such- und Einarbeitungsphasen sind insbesondere bei qualifizierten Tätigkeiten mitunter sehr lang (Dietz et al. 2010 für eine Übersicht zu den Gründen des Arbeitskräftehortens).

In Abbildung 1d findet sich die Entwicklung der Stundenproduktivität. Hier wird deutlich, dass während der ersten Quartale im außergewöhnlich schweren Konjunktureinbruch ab 2008 die antizyklische Reaktion der Stundenproduktivität in vielen Ländern besonders stark ausgeprägt war. Ein Teil dieser Reaktion erklärt sich dadurch, dass die Krise vor allem in den hoch produktiven Exportindustrien wirkte, während die weniger produktiven Dienstleistungen nicht so stark betroffen waren. Dies führte gesamtwirtschaftlich zu einem höheren Anteil von weniger produktiven Stellen und damit zu einer niedrigeren gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Die Stundenproduktivität ist nur in Spanien nicht gesunken. Hier ist die Beschäftigung so stark gesunken, dass es sogar zu einem Anstieg der Stundenproduktivität kam, was darauf schließen lässt, dass dort vor allem Arbeitsplätze mit niedriger Produktivität abgebaut wurden.

Insgesamt zeigt sich, dass in Deutschland sowohl der Rückgang der Arbeitszeit sehr schnell und ausgeprägt war, als auch die Stundenproduktivität deutlicher als in anderen Ländern zurückging. Allerdings erlaubt die bisherige Betrachtung keine Aussage darüber, inwieweit die konjunkturell bedingte Reaktion von Arbeitszeit und -produktivität in der Großen Rezession für Deutschland tatsächlich außergewöhnlich war. Dieser Frage wird im nächsten Abschnitt näher nachgegangen.

[7] Auch die Sektorenbetrachtung legt nahe, dass die konjunkturelle Reaktion der Arbeitszeit in Österreich weniger ausgeprägt war als in Deutschland. So wurde in der österreichischen Industrie die Arbeitszeit weniger deutlich reduziert und mehr Arbeitsplätze als in Deutschland abgebaut, trotz weniger deutlichem Rückgang in der Wertschöpfung.

Beschäftigungssicherung in Deutschland: Historischer Vergleich und institutionelle Ursachen

In diesem Abschnitt soll näher geklärt werden, wie viele Stellen durch Arbeitszeitverkürzung und das Horten von Arbeitskräften in der Großen Rezession gesichert wurden und in welchem Ausmaß auch in früheren Abschwungphasen eine solche Beschäftigungssicherung stattgefunden hat. Dieser Vergleich mit früheren Abschwüngen erlaubt auch eine Aussage darüber, inwieweit die Reaktion der Arbeitszeit und/oder Stundenproduktivität in der Großen Rezession ungewöhnlich war.

Um den aktuellen Aufschwung in eine historische Perspektive einzubetten, werden mittels der in Kasten „Bestimmung der Konjunkturzyklen mit dem Konzept der relativen Output-Lücken“ beschriebenen Methode Abschwungphasen bestimmt. Der Abschwung der frühen 70er Jahre, vom zweiten Quartal 1973 bis zum zweiten Quartal 1975, eignet sich für einen Abschwungvergleich, da er neben der Großen Rezession der schwerste wirtschaftliche Einbruch in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte war. Die Abschwungphase Anfang 2000 – vom ersten Quartal 2001 bis zum zweiten Quartal 2005 – ist die aktuellste, die für einen Vergleich zur Verfügung steht.

Die weitere Vorgehensweise ist dieselbe wie in Herzog-Stein/Seifert (2010). Um die tastsächliche Bedeutung der Reaktion der Komponenten des BIP – also der Erwerbstätigen, Arbeitszeit und Stundenproduktivität – mit früheren Abschwungphasen sinnvoll vergleichen zu können, muss deren damaliges Trendwachstum mitberücksichtigt und die jeweiligen zyklischen Veränderungen miteinander verglichen werden. Als Trendwachstum wird im folgenden die durchschnittliche Wachstumsrate in den zehn Jahren vor Beginn des Abschwungs definiert – mit Ausnahme des Abschwungs 1973/75, für den nur Quartalsdaten für die vorangehenden drei Jahre zur Verfügung stehen (Tabelle 1).[8]

Ausgangspunkt der Untersuchung ist wieder die gesamtwirtschaftliche Identität aus Gleichung 2:

$$g_{EWT} = g_{BIP} - g_{AZ} - g_{AP} \qquad (2)$$

[8] Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Trennung von Trend und Zyklus methodisch problematisch ist, da die konjunkturelle Dynamik immer auch trendmäßige Entwicklungen entscheidend mit beeinflusst.

Für die trendmäßigen Veränderungen der Komponenten der Erwerbstätigen gilt demnach:

$$\overline{g}_{EWT} = \overline{g}_{BIP} - \overline{g}_{AZ} - \overline{g}_{AP} \qquad (3)$$

Die zyklische Veränderungsrate – also die tatsächliche Entwicklung abzüglich der trendmäßigen Entwicklung – der Zahl der Erwerbstätigen, $\hat{g}_{EWT}$, lässt sich dann durch die entsprechenden Unformungen von (2) und (3) folgendermaßen darstellen:

$$\hat{g}_{EWT} = (g_{EWT} - \overline{g}_{EWT}) = \hat{g}_{BIP} - \hat{g}_{AZ} - \hat{g}_{AP} = (g_{BIP} - \overline{g}_{BIP}) - (g_{AZ} - \overline{g}_{AZ}) - (g_{AP} - \overline{g}_{AP}) \qquad (4)$$

Gleichung (4) zeigt, dass eine Abweichung des Beschäftigungswachstums von seinem langfristigen Trend durch Abweichungen des BIP-Wachstums, des Wachstums der Arbeitszeit und des Wachstums der Arbeitsproduktivität pro Stunde vom jeweiligen Trend erklärt werden kann.

Tabelle 1 zeigt die Berechnungen der zyklischen Komponenten sowie der trendmäßigen Veränderungen der vier Größen und die daraus resultierenden Beschäftigungseffekte, wie sie sich bei der Anwendung von Gleichung (4) für die drei Abschwungphasen 1973/75, 2001/05 und 2008/09 ergeben.

In allen Abschwüngen fällt das BIP relativ zu seinem Trend deutlich, was ohne zyklische Veränderungen der Arbeitszeit oder der Arbeitsproduktivität zu einem gleich starken Rückgang der Beschäftigung führen würde. Wenn aber die Arbeitszeit und/oder die Arbeitsproduktivität hinter ihrer trendmäßigen Entwicklung zurückleiben, federt das die Auswirkungen auf die Beschäftigung entsprechend ab.

Im ersten Abschwung der 70er Jahre nahm die Erwerbstätigenzahl tatsächlich um 3,4% oder 914 000 Personen ab. Wird zudem die trendmäßige Entwicklung der Erwerbstätigen vor Ausbruch des Abschwungs berücksichtigt, so ergibt sich ein negativer zyklischer Beschäftigungseffekt von 5% der Erwerbstätigen oder rund 1,4 Millionen Personen. Aufgrund der starken zyklischen Abweichung des Bruttoinlandsprodukts von seinem Trend im Abschwung wäre jedoch rein rechnerisch ein fast doppelt so starker Rückgang in Höhe von 9,5% oder 2,6 Millionen Personen möglich gewesen.

Dies wurde aber verhindert, indem erstens die Arbeitszeit zusätzlich über ihren Trend hinaus verkürzt wurde. Dadurch wurden rechnerisch 1,4% oder 370 000 Arbeitsplätze gesichert. Und zweitens wurden durch die zyklische Verlangsamung der Arbeitsproduktivität gegenüber ihrem Trend – also das Arbeitskräftehorten – weitere 3,0% oder mehr als 800 000 Arbeitsplätze gesichert. Beide Effekte zusammen sicherten somit damals die Arbeitsplätze von rund 4,4% der Erwerbstätigen, bzw. 1,2 Millionen Personen.

Im Abschwung 2001/05 spielte die Arbeitszeitverkürzung hingegen keine Rolle. Im Gegenteil: Die tatsächliche Arbeitszeitverkürzung war während der Abschwungphase geringer als der trendmäßige Rückgang der Arbeitszeit. Die zyklische Entwicklung der Arbeitszeit kostete somit 0,4% oder rund 170.000 Arbeitsplätze. Hingegen sicherte die zyklische Verlangsamung des Arbeitsproduktivitätszuwachses rein rechnerisch 4,7% oder fast 1,9 Millionen Arbeitsplätze.

Im aktuellen Abschwung nahm die Beschäftigung sogar um 0,2% zu. Der starke Rückgang des Bruttoinlandsprodukts hätte zu einem gewaltigen Verlust in Höhe von 3,3 Millionen Arbeitsplätzen geführt. Damit wäre die Zahl der Arbeitslosen weit über die 5-Millionen-Grenze gestiegen. Die zyklische Arbeitszeitverkürzung sicherte jedoch die Beschäftigung von 2,8% oder etwas über 1,1 Millionen Erwerbstätigen, und der zyklische Rückgang der Stundenproduktivität sicherte fast 5% oder knapp 2 Millionen Arbeitsplätze.

Insgesamt zeigt der historische Vergleich, dass in allen Abschwüngen das Horten von Arbeitskräften in Form der Hinnahme einer geringeren Stundenproduktivität eine wichtige Rolle gespielt und erheblich zur Sicherung von Beschäftigung beigetragen hat. Interessant ist, dass der zyklische Rückgang der Stundenproduktivität besonders im Abschwung 2001/05 in hohem Maße Beschäftigung gesichert hat – fast so stark wie in der Großen Rezession.[9]

Arbeitszeitverkürzung spielte nur in zwei der betrachteten Abschwungphasen eine wichtige Rolle, dem

[9] Da dieses Ergebnis auf der Fortschreibung des Produktivitätswachstums der Jahre vor Abschwungbeginn basiert, könnte der Effekt der Arbeitskräftehortung im langen Abschwung 2001/05 in unserer Darstellung zwar überzeichnet sein. Dennoch verdeutlicht diese Darstellung die hohen Kosten dieser langen Stagnation: Denn bei einer besseren arbeitsmarkt- und konjunkturpolitischen Reaktion auf den Abschwung ab 2001 hätten sich Wachstum, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität deutlich besser entwickeln können. Andere Studien kommen bei der Berechnung der trendmäßigen Abweichung der Produktivität zu anderen Ergebnissen. Dietz et al. (2010) benutzen zur Bestimmung des Produktivitätstrends einen HP-Filter und berechnen dann die Abweichungen der tatsächlichen Produktivität von diesem Trend. Das Problem dieser Methode liegt allerdings darin, dass der Trend endogen ist. Wenn die Produktivität nach einem negativen Konjunkturschock etwa für längere Zeit nicht mehr so stark wächst wie vor dem Schock, kann das daran liegen, dass das Wirtschaftswachstum nicht ausreichend groß, die Investitionstätigkeit gering ist und das Produktivitätswachstum dann endogen abnimmt. Eine effektive antizyklische Konjunkturpolitik hätte dann zu einem stärkeren Trend-Wachstum der Produktivität geführt. Das nimmt der HP-Trend aber nicht auf, weil er sich nur der realisierten Zeitreihe anpasst. Die Verwendung des Trendwachstums von vor der Abschwungphase – wie hier verwendet – mag deshalb besser dafür geeignet sein, einen potenziellen Trendverlauf zu beschreiben.

Tabelle 1

Komponenten der Beschäftigungssicherung in den Abschwungphasen

		Abschwung I (1973q2 bis 1975q2)		Abschwung II (2001q1 bis 2005q2)		Abschwung III (2008q1 bis 2009q2)	
		Effekt auf die Zahl der Erwerbstätigen					
		in %	in 1000[1]	in %	in 1000	in %	in 1000
Erwerbstätige	Tatsächliche Entwicklung (1)	-3,4	-914	-1,4	-566	0,2	92
	Trend[2] (2)	1,6	442	0,4	140	0,8	334
	Zyklus [(1) - (2)]=(3)	-5,0	-1356	-1,8	-706	-0,6	-242
Reales Bruttoinlands-produkt	Tatsächliche Entwicklung (4)	-1,0	-273	1,2	473	-6,2	-2489
	Trend[2] (5)	8,5	2307	7,3	2864	2,0	817
	Zyklus [(4) - (5)] = (6)	-9,5	-2580	-6,1	-2390	-8,2	-3306
Differenz aus (6) und (3)[2]		-4,5	-1224	-4,3	-1685	-7,6	-3065
Arbeits-produktivität	Tatsächliche Entwicklung (7)	-7,1	-1927	-4,9	-1933	3,0	1212
	Trend[2] (8)	-10,1	-2750	-9,6	-3788	-1,9	-756
	Zyklus [7) - (8)] = (9)	3,0	823	4,7	1855	4,9	1968
Arbeitszeit	Tatsächliche Entwicklung (10)	4,4	1193	2,1	839	3,4	1379
	Trend[2] (11)	3,0	822	2,6	1010	0,6	259
	Zyklus [(10)-(11)] =(12)	1,4	371	-0,4	-171	2,8	1120
Summe aus (9) + (12)[3]		4,4	1194	4,3	1684	7,7	3088

[1] Erwerbstätigeneffekte im Abschwung I sind zahlenmäßig geringer, da sich die Effekte nur auf die frühere Bundesrepublik beziehen.
[2] Trendberechnung auf Grundlage der saisonbereinigten Quartalszahlen für den Zeitraum der letzten zehn Jahre (Aufschwung I: drei Jahre) vor Beginn des Abschwungs.
[3] Die Abweichung zwischen den beiden Zahlen ist u.a. der Trendberechnung und der Tatsache geschuldet, dass im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen jede Zeitreihe individuell saisonbereinigt wird.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Abschwung 1973/75 und dem Abschwung 2008/09. Der Anstieg der Arbeitszeit im Abschwung 2001/05 über den Trend hinaus hat hingegen sogar Arbeitsplätze gekostet. Das ist besonders dadurch zu erklären, dass in diesem Abschwung kaum Instrumente der internen Flexibilität zur Anwendung kamen. Diese wurden aber sowohl in den 70er Jahren als auch in der Großen Rezession stark eingesetzt. Der Beitrag der zyklischen Arbeitszeitverkürzung zur Beschäftigungssicherung war mit 36% der gesicherten Stellen in der Großen Rezession etwas größer als im Abschwung der 70er Jahre mit 32%.

Institutionelle Ursachen der Beschäftigungssicherung

Während in den Abschwungphasen 1973/75 und 2008/09 die Verkürzung der Arbeitszeit einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung leistete, war dies im Abschwung 2001/05 nicht der Fall. Offenbar standen also Maßnahmen der internen Flexibilität im Abschwung 2001/05 nicht zur Verfügung oder wurden nicht genutzt. Im Folgenden werden einige unterschiedliche Instrumente der internen Flexibilität, die zu dieser zyklischen Arbeitszeitverkürzung beigetragen haben, näher betrachtet.

Tabelle 2

Veränderung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer in Abschwungphasen

	1973 bis 1975			2000 bis 2005			2007 bis 2009		
	in Stunden	in %[2]	Anteil an der Veränderung der Jahres-arbeitszeit (in %)	in Stunden	in %[2]	Anteil an der Veränderung der Jahres-arbeitszeit (in %)	in Stunden	in %[2]	Anteil an der Veränderung der Jahres-arbeitszeit (in %)
Veränderung der Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer	-82.8	-4.6		-32.9	-2.4		-44.6	-3.3	
Veränderung ausgewählter Arbeitszeitkomponenten[1]									
darunter: Tarifl./betriebsübl. Wochenarbeitszeit	-43.8	-2.4	52.9	-58.5	-4.2	177.9	-18.7	-1.4	42.0
davon Teilzeiteffekt	-11.4	-0.6	13.8	-58.7	-4.2	178.5	-5.2	-0.4	11.7
Überstunden	-31.8	-1.8	38.4	-10.1	-0.7	30.8	-10.1	-0.7	22.7
Kurzarbeit	-18.1	-1.0	21.9	-0.6	-0.0	1.9	-13.7	-1.0	30.7
Arbeitszeitkonten	-0.6	-0.0	0.7	-0.9	-0.1	2.8	-10.0	-0.7	22.5

[1] Da nur ausgewählte Arbeitszeitkomponenten betrachtet werden, die eine wichtige Rolle bei der Reduktion der Arbeitszeit in den Abschwungphasen gespielt haben, entspricht ihr addierter Effekt nicht der oben ausgewiesenen Veränderung der Jahresarbeitszeit.
[2] Veränderung in Relation zur Jahresarbeitszeit 1973, 2000 bzw. 2007 in Prozent.

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; eigene Berechnungen.

Der Einfluss der verschiedenen Komponenten der Arbeitszeit kann mit der Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und den darin enthaltenen detaillierten Informationen zur Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer berechnet werden (Tabelle 2).

In allen drei Abschwungphasen ging die Jahresarbeitszeit insgesamt deutlich zurück: Im aktuellen Abschwung nahm sie um 44,6 Stunden ab, im vorherigen Abschwung von 2000 bis 2005 nur um knapp 33 und im Abschwung 1973 bis 75 um fast 83 Stunden.[10]

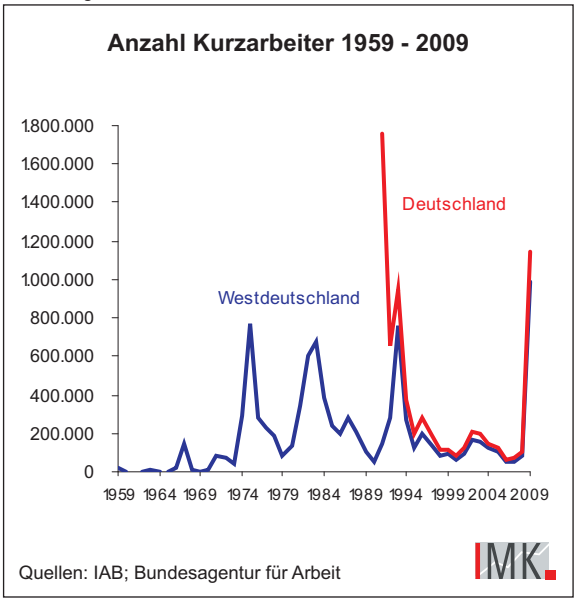
Die tarifliche/betriebsübliche Wochenarbeitszeit leistete in allen Abschwüngen den größten Beitrag zu diesem Rückgang. Von 1973 bis 1975 kam es dabei zu einer allgemeinen und dauerhaften Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit in größerem Umfang. So wurde im Jahr 1974 in zahlreichen Bereichen die 40-Stunden-Woche eingeführt, deren Gültigkeit nicht auf die Dauer des Konjunkturabschwungs begrenzt war (Herzog-Stein/Seifert 2010). Hingegen ist die Veränderung der tariflichen Arbeitszeit von 2000 bis 2005 vor allem durch die trendmäßige starke Ausweitung der Teilzeit in dieser sehr langen Abschwungphase zu erklären. So ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zwischen 2000 und 2005 um 1,7 Millionen Personen gewachsen.

Das Besondere an der jetzigen Abschwungphase ist, dass die Variation der Regelarbeitszeit in großem Umfang gezielt zur Anpassung an einen vorübergehenden Nachfrageausfall genutzt wurde. In zahlreichen Tarifbereichen gibt es mittlerweile die Möglichkeit, entweder die tarifliche Arbeitszeit innerhalb vorgegebener Grenzen abzusenken oder sie im Rahmen von Korridor-Regelungen entsprechend der wirtschaftlichen Lage zu verkürzen oder zu verlängern (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2009). Das gab den Betrieben die Spielräume, um von der Standardarbeitszeit krisenbedingt abzuweichen.

Einen deutlichen Unterschied zwischen den Abschwungphasen gab es beim Einsatz der hier betrachteten Instrumente der internen Flexibilität, dem Abbau von Überstunden, der Kurzarbeit und dem Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten. 1973 bis 1975 und 2007 bis 2009 leisteten diese Instrumente einen Gesamtbeitrag in der Größenordnung von um die 60 bis 70% der Veränderung der Jahresarbeitszeit zur (zeitweiligen) Arbeitszeitverkürzung. Der Abbau

[10] Der Vergleich wird auf Jahresbasis vorgenommen, da die detaillierten Arbeitszeitinformationen der IAB-Arbeitszeitrechnung zwar auf Quartalsbasis vorliegen, jedoch nicht in saisonbereinigter Form.

Abbildung 2



von Überstunden sowie die Kurzarbeit wurden in beiden Abschwüngen eingesetzt. Allerdings wurden Guthaben auf Arbeitszeitkonten nur 2007 bis 2009 in relevantem Ausmaß reduziert. Im Abschwung von 2001 bis 2005 spielten diese Instrumente mit Ausnahme des Überstundenabbaus keine Rolle. Das erklärt auch, warum die Arbeitszeit in diesem Abschwung keinen Beitrag zur Beschäftigungssicherung geleistet hat.

Insgesamt gibt es also eine gewisse Tradition beim Einsatz von Instrumenten der internen Flexibilität, wie besonders deren Einsatz in den 70er Jahren gezeigt hat. Daher stellt sich eher die Frage, warum diese Instrumente im Abschwung von 2001 bis 2005 nicht eingesetzt und damit keine Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung gerettet wurden.

Warum die Kurzarbeit im Abschwung 2001/05 von der Politik nicht ins Spiel gebracht wurde, ist nicht sofort offensichtlich. Es spricht einiges für die Einschätzung von Bogedan (2010), dass damals in der Politik eine „pessimistische Lesart" zur Nützlichkeit des Kurzarbeitergelds dominierte. Im Zuge der deutschen Vereinigung war das Kurzarbeitergeld sehr intensiv genutzt worden, um den massiven Personalabbau infolge des Transformationsprozess nach der deutschen Einheit abzufedern, was aber nur kurzfristig gelang. Das Kurzarbeitergeld war seinerzeit diskreditiert als teure, strukturkonservierende Maßnahme und wurde in diesem Abschwung von der Politik wenig attraktiv ausgestaltet. Abbildung 2 zeigt, dass die Kurzarbeit sonst regelmäßig in konjunkturellen Abschwüngen eingesetzt wurde und der lange Abschwung von 2001 bis 2005 dabei eine deutliche Ausnahme bildet.

Dass die Arbeitszeitkonten bedeutungslos waren, dürfte der Tatsache geschuldet sein, dass ihre Verbreitung damals noch nicht so weit fortgeschritten war und sie noch nicht dieselbe Bedeutung hatten wie heute. So werden Arbeitszeitkonten mittlerweile von etwa der Hälfte aller Beschäftigten genutzt (Groß/Schwarz 2010), während es nach Angaben von Bauer/Munz (2005) 2003 erst 41% waren. Außerdem ist zu vermuten, dass beim Ausbruch der Großen Rezession aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs ab 2005 die Arbeitszeitkonten gut gefüllt waren (Möller 2010).

Das deutsche Beispiel zeigt, dass eine effektive interne Flexibilität neben dem unterstützenden rechtlichen Rahmen (bspw. Kündigungsschutz und Kurzarbeitergeld) auch korporatistische Strukturen braucht. Die schnelle Reduzierung der betrieblichen Wochenarbeitszeit war nur möglich durch die Tarifverträge, die eine betriebliche Anpassung der Regelarbeitszeit an dieses schwierige ökonomische Umfeld ermöglichten (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2009). Auch die Existenz von Arbeitszeitkonten ist ein Ergebnis der korporatistischen Strukturen. Sie wurden im Rahmen von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen umgesetzt (Groß et al. 2000).

Der starke Einsatz von Instrumenten der internen Flexibilität in der Großen Rezession zeigt, wie flexibel der als rigide abgestempelte deutsche Arbeitsmarkt eigentlich ist. Durch diese interne Flexibilität konnten viele Arbeitsplätze gesichert werden, und negative makroökonomische Auswirkungen wie Hysterese und Angstsparen aufgrund stark steigender Arbeitslosigkeit verhindert werden.

Hingegen hat in Ländern mit hoher externer Flexibilität – also bspw. ein geringer Kündigungsschutz und/oder ein hoher Anteil befristeter Beschäftigung – die Große Rezession zu einem viel ausgeprägteren Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt als in Ländern mit einer geringeren externen Flexibilität (Tangian 2010, IMF 2010a).[11]

Die Erhöhung der externen Flexibilität war auch teilweise der Fokus der Arbeitsmarktreformen unter der Agenda 2010. So sollte es etwa mit dem Ausbau der Leiharbeit und der Lockerung des Kündigungsschut-

[11] In der Literatur zu industriellen Beziehungen finden sich zudem viele Hinweise, dass es einen Trade-off zwischen hoher interner und externer Flexibilität gibt. So stellt bspw. die OECD im internationalen Vergleich fest, dass ein höherer Kündigungsschutz im Allgemeinen mit einer höheren internen Flexibilität einhergeht (OECD 2010: S. 63), ebenso wie viele weitere Studien einen gewissen Trade-off zwischen hoher interner und externer Flexibilität finden (Hicks/Kenworthy 1998; Hemerijck et al. 2000; Baccaro 2003 und Brandl/Traxler 2005). Hohe interne Flexibilität braucht demnach eine gewisse externe Rigidität des Arbeitsmarktes.

zes den Unternehmen erleichtert werden, schneller Arbeitnehmer einzustellen, und sie im Abschwung auch wieder schneller entlassen zu können. In der Großen Rezession wurde aber gerade Beschäftigung durch die Nutzung der Instrumente der internen Flexibilität gesichert. Deswegen ist ein direkter Zusammenhang der guten Beschäftigungsentwicklung mit den Arbeitsmarktreformen nicht gegeben.

Die Schattenseite des deutschen Arbeitsmarktmodells

Keine positiven Beschäftigungseffekte durch die Arbeitsmarktderegulierung

Oft wird in der wirtschaftspolitischen Debatte die Vermutung geäußert, die robuste Verfassung des deutschen Arbeitsmarkts in der Krise sei auch Resultat indirekter Effekte der Arbeitsmarktderegulierung insbesondere im Zuge der Hartz-Reformen, wie der hierdurch beförderten Lohnzurückhaltung in den Jahren vor der Krise (Möller 2010; Kohns 2010).

Möller argumentiert beispielsweise, dass sich der deutsche Arbeitsmarkt aufgrund der Reformen vor der großen Rezession in einer äußerst guten Verfassung befand. Boss et al. (2009, S. 21) argumentieren, dass es durch die Reformen zu strukturellen positiven Beschäftigungseffekten gekommen ist, die vom Nachfrageeinbruch im Zuge der Krise nur teilweise überlagert wurden: „Die im Rahmen der ‚Agenda 2010' umgesetzten Arbeitsmarktreformen trugen in den vergangenen Jahren zu einer beispiellosen Lohnzurückhaltung bei. Da in den meisten anderen Ländern eine vergleichbare Entwicklung nicht zu beobachten war, verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im Ausland, was wiederum den deutschen Außenbeitrag stimulierte und so maßgeblich zu dem zurückliegenden Aufschwung beitrug. Es ist anzunehmen, dass dieser Beschäftigungsaufbau ohne die globale Rezession angehalten hätte."

Demnach wäre die Lohnmoderation – die durch die Deregulierung des Arbeitsmarkts verstärkt wurde – verantwortlich für die Erfolge bei der Beschäftigungssicherung in der Krise. Denn dass die Unternehmen im Zuge einer fallenden Stundenproduktivität erhebliche Gewinneinbußen hingenommen haben, könnte – neben anderen Gründen wie dem befürchteten Fachkräftemangel – auch daran liegen, dass sie im vorangehenden Aufschwung durch das starke Gewinnwachstum und die Stagnation der Löhne ein finanzielles Polster aufbauen konnten.

Auch wenn diese Betrachtung in Teilen korrekt sein mag, greift sie doch insgesamt zu kurz. Zwar profitierte die exportorientierte deutsche Wirtschaft im Aufschwung von 2005 bis 2008 überdurchschnittlich vom starken weltwirtschaftlichen Wachstum und dem deswegen lang anhaltenden Aufschwung. Aber sowohl im Vergleich mit früheren Aufschwungphasen (Logeay/Zwiener 2008) als auch im internationalen Vergleich (Sturn/van Treeck 2010) war der Beschäftigungsaufbau in Deutschland keineswegs außergewöhnlich stark.

Wird die unterschiedliche Länge der beiden Aufschwungphasen vor und nach den Reformen (1999-2001 und 2005-2008) berücksichtigt, so wurde im Aufschwung vor der aktuellen Krise nicht mehr Beschäftigung geschaffen als im Aufschwung um die Jahrtausendwende. Dabei ist der stärkere Rückgang der Arbeitslosigkeit im letzten Aufschwung in erster Linie auf die schwächere Entwicklung des Arbeitsangebots zurückzuführen (Logeay/Zwiener 2008). In anderen Ländern des Euroraums, in denen keine vergleichbare Deregulierung des Arbeitsmarkts vorgenommen worden war, entwickelten sich sowohl Arbeitsvolumen als auch Beschäftigung im Aufschwung vor der Krise (also nach den Reformen) besser als in Deutschland (Sturn/van Treeck 2010). Eine eindeutige Reformdividende auf dem Arbeitsmarkt war also bereits im letzten Aufschwung nicht erkennbar.

Zudem ist die Beschäftigungssicherung während der Krise, wie gesehen, zu einem großen Teil durch den – von den Tarifparteien schon zuvor vereinbarten – verbreiteten Einsatz von Arbeitszeitkonten und der Variation der betrieblichen Regelarbeitszeit sowie durch die extensive Nutzung der ausgeweiteten Kurzarbeiterregelung gelungen. Diese Maßnahmen haben mit der Arbeitsmarktderegulierung der 2000er Jahre nichts zu tun.

Vor allem aber blendet die oben skizzierte positive Bewertung der Arbeitsmarktderegulierung die negativen makroökonomischen Folgen der Lohnmoderation sowohl für die Entwicklung der deutschen Binnenwirtschaft wie für die gesamtwirtschaftliche Stabilität der Europäischen Währungsunion aus. Diese negativen Folgen werden genauer untersucht, indem die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgesuchter Euroraum-Länder (siehe Abschnitt 1) im Konjunkturzyklus vor der Krise dargestellt wird. Dieser Vergleich lässt auch erkennen, welche wirtschaftspolitischen Fehlerwährend der Großen Rezession im Vergleich zur Abschwungphase 2001/05 in Deutschland vermieden werden konnten. Im sich nun abzeichnenden Aufschwung gilt es, die Fehlentwicklungen des vergangenen Aufschwungs zu vermeiden. Hierin bestand zuletzt die Schattenseite des deutschen Arbeitsmarktmodells.

Die gesamtwirtschaftlichen Folgen der Lohnmoderation

Je nach betrachtetem Land fällt der Abschwungbeginn nach Maßgabe der oben beschriebenen Filtermethodik (Kasten „Bestimmung der Konjunkturzyklen mit dem Konzept der relativen Output-Lücken“) auf den Zeitraum zwischen dem zweiten Quartal 2000 und dem ersten Quartal 2001. Der Zyklus endet in allen Ländern mit dem ersten Quartal 2008. Damit wird ein ganzer Konjunkturzyklus erfasst, der vollständig in den Zeitraum seit Bestehen der Europäischen Währungsunion fällt.

Seit Beginn des Untersuchungszeitraumes 2000/1-2008, und insbesondere in der zweiten Hälfte, fiel Deutschland durch eine im internationalen Vergleich extrem schwache Lohnentwicklung auf.[12] Diese schlug sich sowohl in kaum mehr steigenden nominalen Lohnstückkosten (Abbildung 3a)[13] als auch in weitgehend stagnierenden realen Arbeitnehmerentgelten nieder. In allen anderen Ländern des Euroraums stiegen die Lohnstückkosten deutlich, während sie in Deutschland nahezu stagnierten.

Zugleich fielen die Reallöhne in Deutschland selbst während des Aufschwungs ab 2004/5 und trotz des Rückgangs der Arbeitslosigkeit (vgl. Logeay/Zwiener 2008, Brenke 2009). Während des betrachteten Zeitraums kam es auch zu einer extremen Zunahme der Einkommensungleichheit (vgl. Sturn/van Treeck 2010, Tabelle 1) und der Lohnspreizung (OECD 2008).[14] Letzteres ist auch Ausdruck des kräftig wachsenden Niedriglohnsektors (Brenke 2007, Bosch et al. 2008).

Die Lohnzurückhaltung hatte für die deutsche Volkswirtschaft allerdings keine positiven Effekte – wie sie eigentlich zu vermuten wären, wenn zu hohe Löhne sowohl hinter dem schwachen Wachstum als auch der hohen Arbeitslosigkeit stünden. Vielmehr ging diese Phase der Lohnstagnation mit einer schwachen Wachstumsentwicklung einher.

So stagnierte der private Konsum in Deutschland über den gesamten Zyklus weitgehend (+3,1 %), während alle anderen Länder deutliche Zuwächse aufwiesen (+13,0 % im Euroraum) (Abbildung 3b). Die Lohnzurückhaltung führte auch nicht zu höheren Investitionen. Die Investitionen stiegen im gesamten Zyklus nur um 3,8 %, während sie im Euroraum um 13,8 % stiegen (Abbildung 3c).
Wachstumsimpulse kamen überwiegend aus dem Ausland. Im Ergebnis erhöhte sich der Außenbeitrag Deutschlands von 1,2 % des BIP zu Beginn des Zyklus auf etwa 7% unmittelbar vor Ausbruch der aktuellen Krise (Abbildung 3d). Hinsichtlich des Außenbeitrags hatte die Stagnation der Löhne und der Lohnstückkosten eine positive Wirkung, weil die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessert wurde, insbesondere gegenüber den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion.

Doch der stark gestiegene Außenbeitrag ist nur ein Teil des wirtschaftlichen Wachstums. Insgesamt schlagen Konsum und Investitionen, also die Binnenwirtschaft, in der großen Volkswirtschaft Deutschland stärker auf das BIP-Wachstum durch als der Außenbeitrag. So wuchs die Binnennachfrage in Deutschland nur um 3,2% (BIP +10,2%). Im Euroraum war die reale Binnennachfrage am Ende des betrachteten Zeitraums um 13,2 % höher als zu Beginn des Beobachtungszeitraums (BIP +14,6%), in Spanien um 31,8% (BIP +25,4), in Frankreich um 16,8% (BIP +13,4%) und in Österreich immer noch um 11,6% (BIP +18,5%).

Das im Ergebnis unterdurchschnittliche BIP-Wachstum (Abbildung 3e) hat sich auch negativ auf die Beschäftigung ausgewirkt, die sich in dieser Phase äußerst schwach entwickelt hat. Gemessen in Köpfen und Arbeitstunden weist Deutschland das bei weitem geringste Beschäftigungswachstum unter den betrachteten Ländern auf. Die Erwerbstätigkeit stieg im Euroraum um 8,1%, in Spanien um 24,1%, in Frankreich um 5,6%, in Österreich um 8,3%, in Deutschland aber nur um 2,1% (Abbildung 3f). Das Arbeitsvolumen wuchs im Euroraum um 2,6%, in Spanien um 8,3%, in Frankreich um 1,7%, in Österreich um 3,2%, in Deutschland sank es hingegen um 1,2%. Auch im Verhältnis zum (geringeren) BIP-Wachstum war die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland unterdurchschnittlich, und zwar sowohl vor, als auch nach den Arbeitsmarktreformen (Sturn/van Treeck 2010).

Vor diesem Hintergrund liegt – wie Boss et al. (2009) argumentieren – tatsächlich der Schluss nahe, dass die Deregulierung des Arbeitsmarkts ab 2002 eine Rolle sowohl für die schlechte Lohn- und Verteilungsentwicklung als auch für die extreme Exportorientierung in Deutschland gespielt hat, allerdings mit

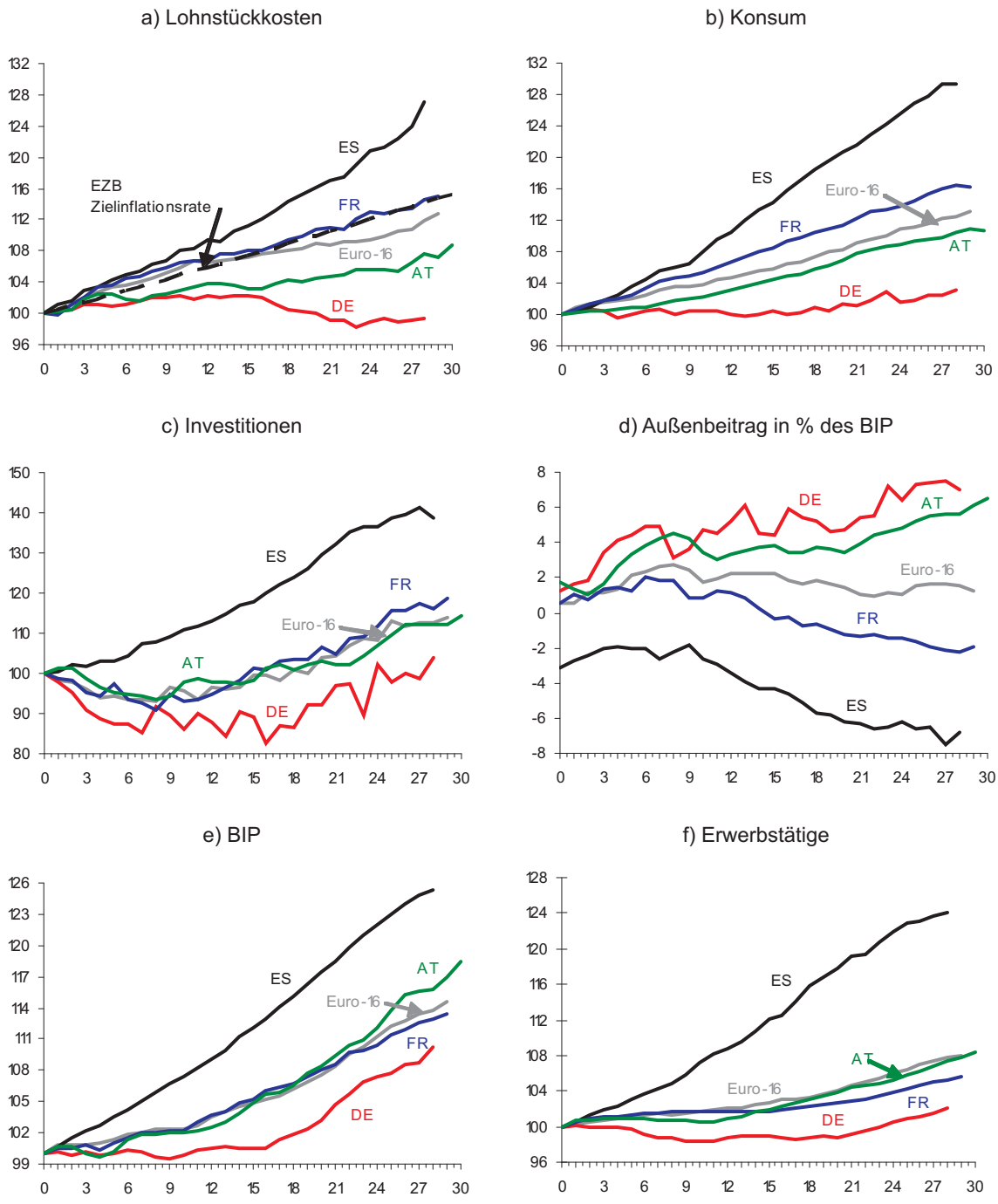
[12] Zuweilen wird argumentiert, die Lohnzurückhaltung und Exportorientierung ab 1999 sei eine adäquate Reaktion darauf, dass Deutschland überbewertet in den Euro eingetreten ist. Es ist aber unklar, welches Kriterium hierfür herangezogen werden soll. Eine Schätzung des SVR ergibt jedenfalls, dass der reale effektive Wechselkurs Deutschlands im Jahr 1999 mit dem fundamental determinierten Wechselkurs übereinstimmte und folglich keine Überbewertung vorlag (vgl. SVR 2004, Zf. 840ff.). Zur selben Einschätzung gelangen die teilnehmenden Institute an der Gemeinschafsdiagnose im Herbst 2010 (Gemeinschaftsdiagnose 2010).

[13] In Abb. 3a wurde zur Orientierung das Inflationsziel der EZB eingezeichnet. Zu beachten ist, dass die Lohnstückkosten zwar in engem Zusammenhang mit der Inflation stehen, diese aber auch von anderen, exogenen Faktoren (Energiepreise etc.) beeinflusst wird.

[14] Nach Daten der OECD liegt 2005 die Lohnspreizung der Bruttovollzeitlöhne im unteren Segment in Deutschland auf ähnlichem Niveau wie in den angelsächsischen Ländern, sie ist sogar ausgeprägter als in Irland und Großbritannien, und liegt deutlich über dem Durchschnitt von 22 OECD-Ländern.

Abbildung 3

Entwicklung im Zyklus 2000/01 bis zum 1. Quartal 2008[1]



[1] Beginn des Zyklus: Euro-16: 2000:4, Deutschland: 2001:1, Frankreich: 2000:4, Österreich: 2000:3, Spanien: 2001:1, Index; Abschwungbeginn = 100; saison- und kalenderbereinigt.
AT = Österreich, DE = Deutschland, Euro-16 = Euroraum (16 Länder), ES = Spanien, FR = Frankreich.

Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen.

Deutsche Exportabhängigkeit: Eine Gefahr für die Europäische Währungsunion

Selbst die verhältnismäßig kräftige Wachstumsentwicklung während des Aufschwungs ab 2005 ist im Lichte der aktuellen Krise des Euroraums sehr kritisch zu bewerten. Auch während des Aufschwungs wurde das Wachstum in Deutschland vor allem von der kräftigen Exportnachfrage getrieben, insbesondere aus dem europäischen Ausland.[15] International wird immer wieder betont, dass Deutschland Mitverantwortung an den gegenwärtigen Zahlungsproblemen der Länder im Euroraum mit hohen Leistungsbilanzdefiziten trägt (vgl. z.B. Fitoussi 2010, Giavazzi 2010, Posen 2010, Stiglitz 2010).

Dabei spricht an sich nichts dagegen, dass die deutsche Wirtschaft hohe Exporte erzielt. Das Problem sind systematische Export- und Leistungsbilanz*überschüsse*, die aus einer im Vergleich mit dem Ausland zu schwachen binnenwirtschaftlichen Entwicklung und somit zu geringen Importen resultieren. Da die Leistungsbilanz des Euroraums insgesamt seit Gründung der Währungsunion 1999 zumeist nahezu ausgeglichen war,[16] gingen die deutschen Überschüsse notwendigerweise mit hohen Defiziten und steigender Verschuldung anderer Länder wie etwa Spaniens einher.

Von entscheidender Bedeutung für die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum war die sehr unterschiedliche Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten, welche die entscheidende Bestimmungsgröße für die Preisinflation sind (Zemanek et al. 2009). Zwischen 1999 und 2007 stiegen die Lohnstückkosten in Deutschland nur um 1,8%, während sie in Griechenland, Portugal und Spanien um zwischen 28% und 30% zunahmen. Das Inflationsziel der EZB implizierte für den gleichen Zeitraum einen Preisanstieg um etwa 18% (vgl. Brecht et al. 2010). Die Lohnentwicklung in Deutschland war also in dieser Hinsicht in noch größerem Ausmaß stabilitätswidrig als etwa in Spanien. Die zu niedrigen Inflationsraten in Deutschland führten neben der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu überhöhten Realzinsen, die wiederum die binnenwirtschaftliche Nachfrage schwächten. In Spanien und anderen Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten war die Entwicklung genau umgekehrt. Die Inflation war höher und die Realzinsen niedriger, was der Binnenwirtschaft starke Wachstumsimpulse gegeben hat.

Bei allen wirtschaftspolitischen Fehlern, die in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten gemacht worden sein mögen, gilt: Eine Währungsunion, in der das mit Abstand größte Mitgliedsland[17] eine derart auf hohe Exportüberschüsse fixierte Wachstumsstrategie verfolgt und kaum zur binnenwirtschaftlichen Nachfrage beiträgt,[18] kann auf Dauer nicht funktionieren (Horn et al. 2009; Brecht et al. 2010).

---

[15] Über 60% der deutschen Exporte gehen in die EU, über 40% in den Euroraum.

[16] Verschiedentlich wird argumentiert, dass der Euroraum insgesamt infolge seiner alternden Bevölkerung einen Leistungsbilanzüberschuss erzielen müsse, um einen Vermögensstock aufzubauen, dessen Erträge bzw. dessen Abbau in der Zukunft den Lebensstandard der Rentner sichert. Allerdings gibt es kaum Länder mit sicheren Wachstumserwartungen, deren demographische Entwicklung anders gerichtet ist. Die bereits in der Vergangenheit zu verzeichnenden Krisen von Ländern mit entsprechenden Leistungsbilanzdefiziten und steigender Auslandsverschuldung zeigen zudem, wie unsicher derartige Anlagen sind.

[17] Auf Deutschland entfallen etwa 25 Prozent des Euroraum-BIP.

[18] Deutschland ist das einzige Land im Euroraum, wo die Nettoexporte zwischen 1999 und 2007 im Durchschnitt mehr zum BIP-Wachstum beitrugen als die binnenwirtschaftlichen Sektoren zusammen.

insgesamt negativen Auswirkungen auf das Wachstum (Joebges et al. 2009). Zugleich dürften die Reformen auf dem Arbeitsmarkt bzw. deren Antizipation durch die Bevölkerung ab 2002 – im Zusammenspiel mit der gleichzeitigen Teilprivatisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung – zur Verunsicherung und Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte beigetragen haben (Klär/Slacalek 2006). Die Sparquote der privaten Haushalte stieg seit 2002 gegen den historischen und internationalen Trend wieder an. Bis zur Hälfte des Anstiegs der Sparquote lässt sich durch die Umverteilung von Einkommen zu Gunsten der reichen Haushalte erklären, die überproportional viel sparen, ein weiterer großer Teil auf vermehrtes Vorsorgesparen im Zuge der Einführung der Riester-Rente (Meinhardt et al. 2009). Dazu kam eine vor allem in den Jahren 2003-2005 im internationalen Vergleich einmalig restriktive und restriktiv-prozyklische Fiskalpolitik (Hein/Truger 2009). Im Ergebnis ist es Deutschland nach dem Konjunktureinbruch Anfang 2001 nicht mehr gelungen, „aus eigener Kraft“ ein solides binnenwirtschaftliches Wachstum zu generieren. Erst ab Mitte des Jahrzehnts, als andere Länder sich längst aus der Stagnation gelöst hatten, profitierte Deutschland von der starken Weltkonjunktur. Besonders verheerend war die deutsche Wachstumsstrategie für die übrigen Län-

der des Euroraums, die den Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit nicht durch entsprechende nominale Wechselkursänderungen kompensieren konnten (siehe ausführlicher Kasten „Deutsche Exportabhängigkeit: Eine Gefahr für die Europäische Währungsunion“).

Eine andere Wachstumsstrategie ist möglich

Das deutsche Wachstum wurde durch die schwache Lohnentwicklung und Exportüberschussorientierung im Konjunkturzyklus vor der Krise unnötig belastet. Jährliche Lohnzuwächse, die dem mittelfristigen Produktivitätspfad und der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank gefolgt wären, hätten zu einem höheren Wirtschaftswachstum geführt, das zudem besser ausbalanciert gewesen wäre (Joebges et al. 2009). Diese Entwicklung hätte durch eine expansiv-antizyklische Fiskalpolitik unmittelbar nach dem Konjunktureinbruch 2001 und durch ein strukturell höheres staatliches Ausgabenwachstum weiter befördert werden können. Deutschland hätte somit weniger zum Entstehen der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte beigetragen, die ein Hauptgrund der Weltwirtschaftskrise sowie der Krise des Euroraums sind (Horn et al. 2009; Brecht et al. 2010).

In der Großen Rezession 2008/09 konnten die Fehler des Abschwungs ab 2001 vermieden werden, die Fiskalpolitik reagierte antizyklisch, und es wurde keine unnötige Debatte um die „Verkrustung“ des deutschen Arbeitsmarkts geführt, sondern es wurden Ansätze eines Zusammenspiels zwischen einer kooperativen Arbeitsmarktpolitik und einer pragmatischen Konjunkturpolitik erkennbar (Horn et al. 2010; Stein/Aricò 2010). Die Fortsetzung und Stärkung dieser positiven Seite des deutschen Beschäftigungsmodells ist eine wichtige Aufgabe für den sich nun abzeichnenden Aufschwung.

Dass eine besser balancierte Wachstumsentwicklung mit besserer Beschäftigungs- und Verteilungsentwicklung möglich ist, zeigt das Beispiel Frankreichs (Horn et al. 2008;Sturn/van Treeck 2010).

Bei allen (wirtschafts-)politischen Problemen nimmt Frankreich hinsichtlich der makroökonomischen Entwicklung in vielerlei Hinsicht eine Vorbildrolle innerhalb der Europäischen Währungsunion ein.[19] Vom ersten Quartal 1999 bis zum ersten Quartal 2008 – diese Phase umfasst die Entwicklung ab Beginn der Währungsunion bis zur Krise – stiegen die nominalen Lohnstückkosten in Frankreich um 16%. Diese Entwicklung stand voll im Einklang mit dem Inflationsziel der EZB. Die französische Außenhandelsbilanz war über diesen Zeitraum relativ ausgeglichen, in der ersten Hälfte leicht positiv, in der zweiten leicht negativ. Die Binnennachfrage entwickelte sich kräftig. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen nahm entgegen dem internationalen Trend ab: Der Gini-Koeffizient[20] sank sogar von 1999 bis 2007 um 3 Punkte (ist aber seit Krisenbeginn wieder um 2 Punkte gestiegen).

Auch die Beschäftigungsentwicklung war – bis zur Rezession – sehr positiv. Doch selbst wenn der jüngste Abschwung mitbetrachtet wird, hat Frankreich in den letzten Jahren deutlich mehr Beschäftigung geschaffen als Deutschland – auch unter Berücksichtigung des unterschiedlich starken Wachstums. Seit dem ersten Quartal 2001, dem Beginn des Zyklus, bis zum zweiten Quartal 2010 wuchs die Erwerbstätigkeit in Frankreich um 4,0% (BIP +11,1%), in Deutschland nur um 2,6% (BIP +7,2%). Wird der vorherige Aufschwung ab dem ersten Quartal 1999 mitbetrachtet, der in Frankreich besonders beschäftigungsintensiv war, vergrößert sich der Abstand weiter zugunsten Frankreichs. Die Erwerbstätigkeit stieg dort um 8,7% (BIP +18,8%), in Deutschland hingegen nur um 5,5% (BIP +13,4%).

Die stärkere Performance Frankreichs mag manche überraschen, denn nach der Arbeitsmarktinstitutionen-Datenbank der OECD hat Frankreich einen überdurchschnittlich „rigiden“ Arbeitsmarkt. Nach allen üblicherweise betrachteten Indikatoren ist der französische Arbeitsmarkt stärker reguliert als der deutsche. Nicht zuletzt wegen des relativ zum Medianlohn höchsten Mindestlohns in der OECD ist der französische Niedriglohnsektor im internationalen Vergleich sehr klein (Bosch 2009), und die Lohnspreizung ist – insbesondere in der unteren Hälfte der Lohnverteilung – sehr gering (OECD 2008). Dies müsste nach verbreiteter Meinung unter deutschen Ökonomen eigentlich zu hoher Arbeitslosigkeit führen (SVR 2006, ifo 2008).

Auch in Frankreich kam es zu umfassenden Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Bei den Reformen ging es aber nicht darum, den Druck auf die Arbeitnehmer zu erhöhen und die externe Flexibilität des Arbeitsmarktes zu steigern, sondern darum, die Arbeitszeit zu verkürzen. Während in Deutschland die durchschnittliche Arbeitszeit vor allem aufgrund der Ausweitung von (oft prekärer) Teilzeitbeschäftigung sank, wurde in Frankreich ab 1998 schrittweise eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt, die 35-Stunden-Woche (Kasten „Arbeitzeitverkürzung in Frankreich“).

[19] „Eine Währungsunion mit 16 Deutschländern wäre ein Albtraum. … Eine Währungsunion mit 16 Frankreichs wäre aus makroökonomischer Sicht keine schlechte Vorstellung.“ (Bofinger 2010).

[20] Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für Einkommensungleichheit. Hat der Koeffizient den Wert 0, so sind die Einkommen absolut gleich zwischen den Menschen verteilt. Beim Wert 100 sind sie absolut ungleich verteilt. Ein Sinken des Koeffizienten bedeutet damit eine Abnahme der Ungleichheit.

Arbeitszeitverkürzung in Frankreich

Mit zwei Gesetzen in den Jahren 1998 und 2000 setzte die damalige französische Regierung unter Führung der Sozialisten eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit von 39 auf 35 Stunden durch. Flankiert wurde die Arbeitszeitverkürzung durch eine starke Ausweitung der Subvention von Sozialbeiträgen für Geringverdiener und einer Flexibilisierung der Arbeitszeit. Ziel der Reform war es, die Beschäftigungsintensität des Wachstums zu erhöhen.

Unter dem Gesetz Aubry I von 1998 – benannt nach der damaligen Arbeitsministerin – war die Verkürzung der Arbeitszeit noch freiwillig, dafür waren die Vorgaben zum Aufbau von Beschäftigung sehr strikt. Bei Einhaltung der Vorgaben wurden Subventionen besonders für die arbeitgerberseitigen Sozialbeiträge von Geringverdienern gezahlt. Unter Aubry II im Jahr 2000 wurde die Arbeitszeitverkürzung auf alle Unternehmen ausgeweitet, die Auflagen zum Ausbau bzw. zur Sicherung von Beschäftigung waren aber weniger strikt. Die arbeitgeberseitigen Sozialbeiträge wurden weiterhin subventioniert.

In der ökonomischen Literatur zu den Reformen gibt es keinen Konsens über die genauen Beschäftigungseffekte der Reform. Allerdings findet auch keine Studie heraus, dass die Reformen zu Beschäftigungsverlusten geführt haben. Unklar ist nur, in welchem Ausmaß Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die meisten Studien haben mikroökonomische Daten benutzt, das heißt, Datensätze mit Daten zu wichtigen wirtschaftlichen Kenngrößen einzelner Unternehmen. Das hat Vor- und Nachteile. Zu den Vorteilen gehört, dass die Effekte der Gesetze sehr differenziert nach verschiedenen Gruppen von Unternehmen untersucht werden können. Der Nachteil ist, dass nicht klar ist, ob die Ergebnisse aus diesen Studien auch auf die Gesamtwirtschaft übertragen werden können, weil nicht immer eine repräsentative Gruppe von Unternehmen befragt wurde. So fehlen in vielen Studien kleine Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern.

Crépon, Leclair et al. (2004) finden mit Hilfe von Mikrodaten heraus, dass Unternehmen unter Aubry I etwa 10% mehr Beschäftigung geschaffen haben als Unternehmen, die ihre Arbeitszeit nicht reduziert haben. Crépon, Kramarz et al. (2008) kommen zu einem ähnlichen Ergebnis, nämlich zu 10,5% mehr Beschäftigung unter Aubry I, untersuchen aber auch die Beschäftigungseffekte der Gesetze ab 2000. Dabei finden sie heraus, dass die Arbeitszeitverkürzung ab 2000 zu 5% mehr Beschäftigung geführt hat als in Unternehmen, die ihre Arbeitszeit nicht verkürzt haben. Rechnet man diese Prozentzahlen auf Stellen um, so ergibt sich, dass zwischen 1998 und 2002 durch die Reformen an die 350.000 Stellen geschaffen wurden (Gubian, Jugnot et al. 2004).

Crépon, Leclair et al. quantifizieren auch die Einflüsse der verschiedenen Maßnahmen. Von den 10,5% mehr Beschäftigung, die unter den Gesetzen von 1998 geschaffen wurden, erkläre einen höhere Nachfrage durch höheres Wachstum 5 Prozentpunkte der 10,5%, die gefallenen Lohnkosten durch die Subventionierung der Sozialbeiträge 2 Prozentpunkte und die Reduzierung der Arbeitszeit selbst 3,4 Prozentpunkte, also etwa ein Drittel des Beschäftigungsanstiegs.

Estevao und Sa (2008) finden mit einer breiteren Datenbasis allerdings keine Effekte der Gesetze auf die Beschäftigung. Sie untersuchen auch kleine Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern, die per Gesetz erst ab 2002 ihre Arbeitszeit verkürzen mussten. Dabei vergleichen die Autoren die Wahrscheinlichkeit, einen Job in einem kleinen oder in einem großen Unternehmen nach der Reform zu haben. Da sie keinen Unterschied zwischen beiden Wahrscheinlichkeiten finden, gehen sie davon aus, dass die Reformen keinen Effekt auf die Beschäftigung hatten.

Das Problem mit diesem Ergebnis ist allerdings, wie Askenazy (2008) zeigt, dass es sehr wohl viele kleine Unternehmen gab, die die 35-Stundenwoche eingeführt haben, auch wenn sie gesetzlich nicht dazu verpflichtet waren. Damit sage der Vergleich zwischen beiden Gruppen von Unternehmen wenig über den Beschäftigungseffekt der Arbeitszeitverkürzung aus.

Schreiber und Logeay (2006) gehören zu den wenigen Autoren, die Makrodaten für ihre Evaluation genutzt haben, also aggregierte Daten zu Beschäftigung, BIP etc. Damit fehlt ihnen zwar die Detailbetrachtung einzelner Unternehmen, sie können aber den gesamtwirtschaftlichen Effekt der Reformen besser abschätzen. Sie prognostizieren die Entwicklung des BIP, der Arbeitszeit, der Arbeitskosten und der Beschäftigung ab 1998 auf Grundlage der Daten von 1980 bis 1998, also vor den Reformen. In der Abweichung der Prognosen zur tatsächlichen Entwicklung dieser Kenngrößen nach der Arbeitszeitverkürzung können sie die Effekte der Reform ablesen. Dabei zeichnet ihre BIP-Prognose den tatsächlichen Verlauf

Arbeitszeitverkürzung in Frankreich (Fortsetzung)

sehr exakt nach, deutlich unterschätzt wird aber die Beschäftigung, während die Arbeitszeit überschätzt wird. Demnach hat die Arbeitszeitverkürzung zu einem höheren Beschäftigungsaufbau geführt.

Schreiber (2008) benutzt auch Makrodaten und kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie Schreiber und Logeay (2006). Allerdings findet er keinen klaren Einfluss der Arbeitszeitverkürzung auf die Beschäftigung, was ihn zu dem Schluss führt, dass es andere Faktoren der Reform gewesen sein müssen – die Flexibilisierung der Arbeitszeit oder die Subventionen –, die zum Aufbau von Beschäftigung geführt haben.

Bei den Studien zeigt sich, dass es schwierig ist, genau zu bestimmen, welche Maßnahme der Reformen genau zum Aufbau von Beschäftigung geführt haben. Festzuhalten ist, dass das Gesamtreformpaket zu einem Aufbau von Beschäftigung und einem Sinken der Arbeitslosigkeit geführt hat. Gleichzeitig wurde die Lebensqualität der Betroffenen erhöht. Bei Umfragen hat eine Mehrheit der Franzosen von knapp 60% angegeben, dass die Arbeitszeitverkürzung zu einer Verbesserung ihres Alltags geführt hat, während 28% keine Veränderung feststellen konnten und 13% eine Verschlechterung festgestellt haben (Cette, Dromel et al. 2004; Coutro 2006). Die Verkürzung hat sich besonders positiv auf das Familienleben ausgewirkt.

Die Reformen wurden von der konservativen Regierung, die 2002 an die Mach kam, nicht aufgehoben, aber aufgeweicht. So ist die Überstundenregelung stark gelockert worden und die Subventionen der Sozialbeiträge sind auf alle Unternehmen ausgeweitet worden, unabhängig davon, ob diese die Arbeitszeit verkürzt hatten oder nicht. Allerdings haben die Unternehmen die Arbeitszeit nicht wieder stark ausgewei tet, so dass die 35-Stundenwoche weiterhin die Standardarbeitszeit in Frankreich bleibt.

Begleitet wurde dies mit Maßnahmen, welche Einbußen in den Monatsentgelten im Niedriglohnbereich verhindern sollten und die resultierende Stundenlohnerhöhung über mehrere Jahre verteilten. Zudem wurde die Subventionierung der Sozialbeiträge der Arbeitgeberseite im Niedriglohnbereich ausgebaut.

Trotz des jüngsten deutschen Beschäftigungserfolgs in der Krise war der französische Weg nicht weniger erfolgreich als der deutsche. Hätte Deutschland sich ähnlich wie Frankreich entwickelt, hätte die damit einhergehende stärkere binnenwirtschaftliche Ausrichtung Deutschlands mit einer besseren Lohnentwicklung sowohl zu höherem Wachstum im Inland als auch zu mehr Stabilität im Euroraum beigetragen.

Kein Wunder, aber ein Erfolg

Trotz der größten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Beschäftigung in Deutschland nicht gefallen. Im Gegenteil, während in vielen anderen Ländern der Welt die Beschäftigung massiv abgebaut wurde, ist sie in Deutschland leicht gestiegen. Das ist eine Sensation. Die Ursachen dafür waren die Verkürzung der Arbeitszeit pro Kopf und das Horten von Arbeitskräften. Dabei hat die Verkürzung der Arbeitszeit an die 1,1 Millionen Jobs erhalten, die Hortung von Arbeitskräften durch die Hinnahme einer geringeren Stundenproduktivität etwa 2 Millionen.

Die schnelle und gezielte Reduzierung der Arbeitsstunden im Abschwung ist Ausdruck einer hohen internen Flexibilität innerhalb der Unternehmen. Neben der wieder entdeckten Kurzarbeit halfen besonders Arbeitszeitkonten und die Möglichkeit der betrieblichen Arbeitszeitverkürzung bei der Reduzierung der Arbeitszeit. Beide Instrumente der internen Flexibilität sind im Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern entstanden. Die Erfahrung Deutschlands in der Krise und die Beschäftigungsentwicklung im internationalen Vergleich haben gezeigt, dass interne Flexibilität auf starke Tarifpartner und einen Schutz der Beschäftigten – etwa durch den Kündigungsschutz – angewiesen ist. International haben gerade Länder mit einer hohen externen Flexibilität – mit einem geringeren Kündigungsschutz und einem größeren Anteil befristeter Beschäftigung – besonders viel Beschäftigung verloren. Indem interne Flexibilität bei der Sicherung von Beschäftigung in der Großen Rezession geholfen hat, hat sie auch vermieden, dass sich Arbeitslosigkeit nach dem Abschwung langfristig verfestigt.

Die Arbeitsmarktreformen des vergangenen Jahrzehnts können die gute deutsche Arbeitsmarktentwicklung in der Großen Rezession nicht erklären. Denn die Reformen waren darauf gerichtet, etwa durch die Leiharbeit die externe Flexibilität zu erhöhen. Hätten die Unternehmen in der Großen Depression stärker auf diese Instrumente zurückgegriffen, wäre die Beschäftigung in Deutschland stark gefallen und die Arbeitslosigkeit gestiegen.

Aber auch im Aufschwung vor der Großen Rezession hat die Deregulierung des deutschen Arbeitsmarktes und die von ihr verstärkte Lohnmoderation die Beschäftigungsentwicklung per saldo nicht befördert. Im Aufschwung von 2005 bis 2008 ist die Beschäftigung trotz der Reformen im internationalen Vergleich nicht besonders stark gestiegen; und im Abschwung von 2001 bis 2005 hat die Lohnmoderation die Beschäftigungsentwicklung deutlich belastet. Darüber hinaus hat die deutsche Lohnmoderation auch zu Verwerfungen im Euroraum geführt.

Die Erfahrungen der Großen Rezession und des Konjunkturzyklus davor sollten genutzt werden und die erfolgreiche kooperative Seite des deutschen Arbeitsmarktes im Zusammenspiel von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik weiter gestärkt werden. Die Instrumente der internen Flexibilität haben es ermöglicht, eine antizyklische Arbeitszeitpolitik zu betreiben, die Beschäftigung sichern und Arbeitslosigkeit vermeiden kann. Diese Instrumente sollten im Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern im Hinblick auf ein tragfähiges Arbeitszeitmodell weiterentwickelt werden, das neben der Beschäftigungssicherung auch die Anforderungen stärker berücksichtigt, die sich aus alternsgerechtem Arbeiten, außerbetrieblichen, vor allem familialen Zeitanforderungen und der Geschlechtergerechtigkeit ergeben.

Darüber hinaus sollten die Lohnsteigerungen den Verteilungsspielraum von Trendproduktivität und der Zielinflation der EZB ausschöpfen. Dadurch könnte die deutsche Binnenwirtschaft gestärkt und der Aufschwung verstetigt werden. Dabei sollte die Politik helfen, indem sie mit Mindestlöhnen den Druck auf die Löhne vermindert. Insgesamt ließe sich mit einer Strategie zur Stärkung der Binnenwirtschaft und der kooperativen Seite des deutschen Arbeitsmarktmodells die sozialen Verwerfungen der letzten Jahre ausgleichen, mehr Beschäftigung schaffen und der Euroraum stabilisieren.

Literatur

Askenazy, P. (2008): A Primer on the 35-Hour in France, in: IZA Discussion Paper, Nr. 3402.

Baccaro, L. (2003): What is Alive and What is Dead in the Theory of Corporatism, in: British Journal of Industrial Relations, Jg. 41, Nr. 4, S. 683–706.

Coutro, T. M. (2006): Les conditions de travail des salariés après la réduction de leur temps de travail, in: Documents pour le Médecin du Travail, Nr. 106, S. 195-201.

Crépon, B./Kramarz, F. (2008): The Two French Work-Sharing Experiments: Employment and Productivity Effects, in: T. Boeri, M. C. Burda and F. Kramarz. (Hrsg.): Working Hours and Job Sharing in the US and USA, Oxford, Oxford University Press, S. 167-188.

Crépon, B./Leclair, M./Roux, S. (2004): RTT, productivité et emploi: nouvelles estimations sur données d'entreprises, in: Economie et statistiques, Nr. 376-377, S. 55-89.

Dietz, M./Stops, M./Walwei, U. (2010): Safeguarding Jobs through Labor Hoarding in Germany, in: Applied Economics Quarterly Supplement, Nr. 61, S. 125-151.

Estevao, M./Sá, F. (2008): The 35-Hour Workweek in France: Straightjacket or Welfare Improvment?, in: Economic Policy, Jg. 23, Nr. 55, S. 417-463.

Fitoussi, J.-P. (2010): Rezepte gegen den Exportexzess, Interview in der FTD am 7. April 2010.

Gemeinschaftsdiagnose (2010): Deutschland im Aufschwung Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen, Essen.

Giavazzi, F. (2010): Germany's trade surplus and investments in southern Europe, URL: http://www.voxeu.org/index.php?q=node/4911 (letzter Zugriff: 19.05.10).

Groß, H./Munz, E./Seifert, H. (2000): Verbreitung und Struktur von Arbeitszeitkonten, in: Arbeit, Jg. 9, Nr. 3, S. 217-229.

Groß, H./Schwarz, M. (2010): Arbeitszeit, Altersstrukturen und Corporate Social Responsibility, Wiesbaden.

Gubian, A./Jugnot, S./Lerais, F./Passeron, V. (2004): Les effets de la RTT sur l'emploi: des simulations ex ante aux évaluations ex post, in: Economie et statistiques, Nr. 376-377, S. 25-54.

Hein, E./Truger, A. (2009): How to Fight (or Not to Fight) a Slowdown, Challenge, 52/3, S. 52–75.

Hemerijck, A./Unger, B./Visser, J. (2000): How small countries negotiate change: twenty-five years of policy adjustment in Austria, the Netherlands, and Belgium, in: Scharpf, F. W. / Schmidt, V. A. (Hrsg.), Welfare and Work in the Open Economy, Vol. II: Diverse Responses to Common Challenges, Oxford, Oxford University Press, S. 175-263.

Herzog-Stein, A. (2010): Das Jahr der Krise, in: Groß, H./Seifert, H. (Hrsg.), Zeitkonflikte, Berlin, S. 17-36.

Herzog-Stein, A./Seifert, H. (2010): Der Arbeitsmarkt in der Großen Rezession – Bewährte Strategien in neuen Formen, in: WSI-Mitteilungen 11, S. 1-10.

Hicks, A./Kenworthy, L. (1998): Cooperation and Political Economic Performance in Affluent Democratic Capitalism, in: American Journal of Sociology, Jg. 103, Nr. 6, S. 1631–1672.

Horn, G./Logeay, C./Tober, S. (2007): Methodological Issues of Medium-Term Macroeconomic Projections – The Case of Potential Output. IMK Studies Nr. 4.

Horn, G./Joebges, H./Logeay, C./Sturn, S. (2008): Frankreich: Ein Vorbild für Deutschland? Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn, IMK Report Nr. 31.

Horn, G./Dröge, K./Sturn, S./van Treeck, T./Zwiener, R. (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) – Die Rolle der Ungleichheit, IMK Report Nr. 41.

Horn, G./Sturn, S./Tober, S./Truger, A. (2010): Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2010 – Geldpolitik, Finanzpolitik und Arbeitsmarktpolitik in diesem Jahr, IMK Report Nr. 46.

ifo (2008): Schutz vor Niedriglohnen oder Arbeitsplatzvernichter: Für und wider die Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns, ifo Schnelldienst Nr. 6.

IMF (2010): Unemployment Dynamics during Recessions and Recoveries: Okun's Law and Beyond, in: World Economic Outlook, April, S. 1-39.

Joebges, H./Schmalzbauer, A./Zwiener, R. (2009): Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Reallohnrückgang und geringes Wirtschaftswachstum, IMK Studies Nr. 4.

Keller, B./Seifert, H. (2007): Atypische Beschäftigungsverhältnisse – Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität, in: Keller, B./Seifert, H. (Hg.), Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken, Berlin: Edition Sigma.

Klär, E./Slacalek, J. (2006): Entwicklung der Sparquote in Deutschland: Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage, in: DIW-Wochenbericht, 40/2006, S. 537-543.

Kohns, S. (2010): Arbeitsmarktreformen in Deutschland: eine noch unvollendete Erfolgsgeschichte, WSI Mitteilungen, Nr. 11, S. 584-591.

Logeay, C./Schreiber, S. (2006): Testing the Effectiveness of the French Work-Sharing Reform: A Forecasting Approach, in: Applied Economics, Jg. 38, S. 2053-2068.

Logeay, C./Zwiener, R. (2008): Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs, in: WSI Mitteilungen, Nr. 8, S. 415-422.

Meinhardt, V./Rietzler, K./Zwiener, R. (2009): Konjunktur und Rentenversicherung – gegenseitige Abhängigkeiten und mögliche Veränderungen durch diskretionäre Maßnahmen, Forschungsbericht im Auftrag Deutsche Rentenversicherung Bund, IMK Studies Nr. 3.

Möller, J. (2010): The German labor market response in the world recession – de-mystifying a miracle, in: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, Jg. 42, Nr. 4, S. 325-336.

OECD (2008): Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries, Paris.

OECD (2010): Employment Outlook. Moving Beyond the Jobs Crisis, Paris.

Posen A. (2010): Rezepte gegen den Exportexzess, Interview in der FTD am 7. April 2010.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/05, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2006): Widerstreitende Interessen - Ungenutzte Chancen, Jahresgutachten: 2006/07, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2007): Das Erreichte nicht verspielen, Jahresgutachten 2007/2008, Ziffern 481 – 492, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2008): Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken, Jahresgutachten 2008/2009, Ziffern 475 – 490, Wiesbaden.

Schreiber, S. (2008): Did Worksharing Work in France? Evidence from a Structural Co-integreted VAR Model, in: European Journal of Political Economy, Jg. 24, S. 478-490.

Stein, U./Aricò, F. (2010): Beschäftigungspolitische Krisenreaktion in Deutschland, Italien und dem Vereinigten Königreich, WSI-Mitteilungen, 11, S. 569-576.

Stiglitz, J. (2010): Kann der Euro gerettet werden? URL: http://www.project-syndicate.org/commentary/stiglitz125/German (letzter Zugriff: 28.10.2010).

Sturn, S./van Treeck, T. (2010): Arbeitsmarktreformen in Deutschland: Hohe soziale Kosten ohne gesamtwirtschaftlichen Nutzen, WSI Mitteilungen, Nr. 11, S. 592-600.

Tangian, A. (2010): Not for bad weather: macroanalysis of flexicurity with regard to the crisis. ETUI Working Paper Nr. 4.

Zemanek, H./Belke, A./Schnabl, G. (2009): Current Account Imbalances and Structural Adjustment in the Euro Area: How to Rebalance Competitiveness, DIW Discussion Papers, 895.

Herausgeber: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266, IMK@boeckler.de, http://www.imk-boeckler.de

Redaktionsleitung: Prof. Dr. Gustav A. Horn
Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.

Hans **Böckler** **Stiftung**

Fakten für eine faire Arbeitswelt.